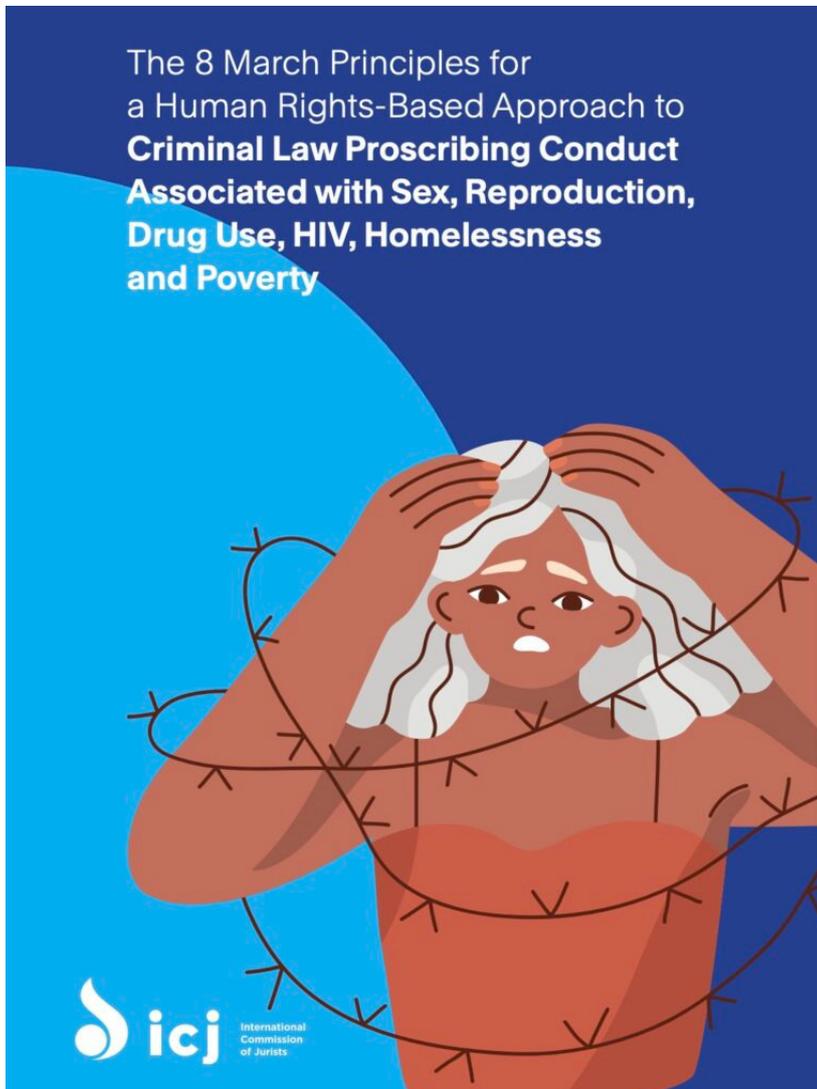


SDG16.2: Gefährliche Heuchelei der UN



Ein Auszug aus dem Artikel **[“SDG16: Aufbau eines globalen Polizeistaats \(Teil 1\)“](#)**, der den angeblichen **“Kinderschutz“** der Vereinten Nationen (UN), der WHO und der Internationalen Juristenkommission (ICJ) aufgreift.

Von *Iain Davis & Whitney Webb / Unlimited Hangout*

SDG16 (Ziel 16 der nachhaltigen Entwicklung) verspricht, viele der schlimmsten Verbrechen in der heutigen Welt auszurotten, darunter auch Verbrechen an Kindern. So lautet das Ziel von SDG16.2 beispielsweise:

Beendigung des Missbrauchs, der Ausbeutung, des Menschenhandels und aller Formen der Gewalt und Folter an Kindern.



16.2 Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden

SDG16.2, *Quelle*

Doch entgegen allen Beweisen, der Ethik, dem gesunden Menschenverstand und dem Strafrecht scheinen mehrere wichtige UN-Partner und "Stakeholder" Pädophilie nicht als eine Form von Kindesmissbrauch zu betrachten.

Die Internationale Juristenkommission (ICJ), die maßgeblich an der Gründung des ICC beteiligt war, ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die seit langem ein enger "Partner" der UN ist. Die Vereinten Nationen und die ICJ haben bei zahlreichen gemeinsamen Projekten zusammengearbeitet, etwa bei der Verbreitung der SDG-Botschaften in akademischen Einrichtungen.

Die ICJ ist ein einflussreicher Interessenvertreter der UN. Im Jahr 1993 verlieh die UN dem ICJ ihren Menschenrechtspreis aus den folgenden Gründen:

Die Internationale Juristenkommission wurde gegründet, um die Rechtsstaatlichkeit und den rechtlichen Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt zu fördern. Sie hat aktiv an der Ausarbeitung internationaler und regionaler Standards mitgewirkt und dazu beigetragen, dass diese von den Regierungen angenommen und umgesetzt wurden. Die Kommission hat eng mit den Vereinten Nationen zusammengearbeitet und setzt sich auf regionaler Ebene aktiv für die Stärkung der Menschenrechtsinstitutionen ein.

Die ICJ wurde 1952 als eine **offenkundig geopolitische Organisation** gegründet. Erklärtes Ziel war es, "Menschenrechtsverletzungen" anzuprangern, allerdings nur in der Sowjetunion. Später wurde der Aufgabenbereich der ICJ erweitert und sie begann, sich mit Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern zu befassen.

Im März dieses Jahres veröffentlichte die ICJ ihre "**8. März-Prinzipien**". Angeblich war es das Ziel, "einen klaren, zugänglichen und praktikablen Rechtsrahmen – sowie eine praktische rechtliche Anleitung – zur Anwendung des Strafrechts zu bieten".

In den "8. März-Prinzipien" spricht sich die ICJ für Folgendes aus:

Bei der Durchsetzung des Strafrechts muss jedes vorgeschriebene Mindestalter für die Einwilligung zum Geschlechtsverkehr diskriminierungsfrei angewandt werden. Die Durchsetzung darf nicht an das Geschlecht der Beteiligten oder das Mündigkeitsalter für die Ehe geknüpft sein. Darüber hinaus können sexuelle Handlungen, an denen Personen beteiligt sind, die das im Inland vorgeschriebene Mindestalter für die Einwilligung zum Geschlechtsverkehr nicht erreicht haben, in der Tat, wenn auch nicht rechtlich, einvernehmlich sein. In diesem Zusammenhang sollte die Durchsetzung des Strafrechts die Rechte und die Fähigkeit von Personen unter 18 Jahren widerspiegeln, Entscheidungen über einvernehmliche sexuelle Handlungen zu treffen, sowie ihr Recht, in sie betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden.



Diese Formulierung eröffnet die eindeutige Möglichkeit für Pädophile, im Falle einer Anklage Strafmilderung zu erreichen, wenn es ihnen oder ihren Anwälten gelingt, die betroffenen Kinder zur Aussage zu bewegen, dass sie ihr Einverständnis gegeben haben.

Wie wir wissen, ist Nötigung eine gängige Praxis der Pädophilen. Viele Kinderschutzorganisationen – darunter auch die britische National Society for the Prevention of Cruelty to Children (NSPCC) – sind sich bewusst, dass Nötigung ein Teil des **Anbahnungsprozesses** ("Grooming") ist:

Grooming ist ein Prozess, bei dem der Täter eine Beziehung zu einem Kind und manchmal auch zu dessen weiterer Familie aufbaut, ihr Vertrauen gewinnt und eine Machtposition gegenüber dem Kind erlangt, um den Missbrauch vorzubereiten.

Nach der Veröffentlichung der "8. März-Prinzipien" **reagierte** die ICJ auf die Kritik, indem sie einige vorgeschobene Argumente vorbrachte.

Erstens sagte die ICJ, dass sie "nicht zur Entkriminalisierung des Geschlechtsverkehrs mit Kindern" aufrufe.

Zweitens erklärte die ICJ, sie schlage nicht "die Abschaffung eines innerstaatlich vorgeschriebenen Mindestalters für die Zustimmung zum Sex" vor.

Drittens legte die ICJ dar, dass sie "Parlamentariern, Richtern, Staatsanwälten und Anwälten" lediglich eine klare rechtliche Orientierung bieten wollte.

Richtig, die ICJ hat sich *eindeutig* nicht für die Entkriminalisierung der Pädophilie ausgesprochen.

Es ist auch richtig, dass die ICJ *eindeutig* nicht für die Abschaffung des Schutzalters plädiert hat.

Aber ... die ICJ hat ziemlich *eindeutig* die Vorstellung in das Gesetz aufgenommen, dass ein Kind das "Menschenrecht" hat, in die Vergewaltigung durch einen Erwachsenen einzuwilligen.

Es ist alles andere als *eindeutig*, wie der Gesetzgeber diesen "rechtlichen Rahmen und die praktischen rechtlichen Hinweise" auslegen sollte.

Es ist jedoch mehr als *eindeutig*, dass die ICJ eine rechtliche Zweideutigkeit eingeführt hat, wo es überhaupt keine rechtliche Zweideutigkeit geben sollte.

The 8 March Principles for a Human Rights-Based Approach to **Criminal Law Proscribing Conduct Associated with Sex, Reproduction, Drug Use, HIV, Homelessness and Poverty**





Die 8. März-Prinzipien der ICJ – [Quelle](#)

Bedauerlicherweise sollten wir von den "8. März-Prinzipien" nicht überrascht sein. Das UN-Regime und seine Multi-Stakeholder-Partner haben eine erschreckende Erfolgsbilanz, wenn es darum geht, Kinder *nicht* zu schützen.

Siehe auch

UN: Vatikan erlaubte Vergewaltigung und Missbrauch von Kindern (2014)

Das WHO-Regionalbüro für Europa – eine UN-Sonderorganisation – und die deutsche [Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung](#) (BZgA) haben 2010 gemeinsam Leitlinien für Schulen mit dem Titel "[Standards für die Sexualerziehung in Europa](#)" veröffentlicht (und 2016 aktualisiert). Die Autoren bezeichnen ihren Leitfaden als "einen Rahmen für politische Entscheidungsträger, Bildungs- und Gesundheitsbehörden und Fachleute".

Die WHO stimmte mit der BZgA darin überein, dass Erzieher Kleinkindern im Alter von 0 bis 4 Jahren Informationen über "Freude und Vergnügen bei der Berührung des eigenen Körpers" sowie Informationen über "frühkindliche Masturbation" vermitteln sollten.

Laut WHO sollten diese Informationen in den Kontext gestellt werden, dass die "Freude an körperlicher Nähe" "normal" ist. Selbst Kleinkindern, so die WHO, sollte beigebracht werden, dass "körperliche Nähe ein Ausdruck von Liebe und Zuneigung" ist.

Der WHO zufolge sollten Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren lernen, potenzielle Missbrauchstäter zu erkennen. Anschließend wird dargelegt, welche Ratschläge Erzieher Kindern in dieser Altersgruppe geben sollten – Ratschläge, die es Kindern im Alter von 4, 5 und 6 Jahren nach Ansicht der WHO ermöglichen, mögliche Risiken zu erkennen:

Es gibt Menschen, die nicht gut sind; sie geben vor, freundlich zu sein, können aber gewalttätig sein.

Natürlich ist jeder sexuelle Missbrauch von Kindern ein entsetzlicher Akt der Gewalt, doch wird er von Kindern oft erst lange nach der Tat als solcher wahrgenommen. Überlebende des Missbrauchs verarbeiten die schrecklichen psychologischen und oft auch physischen Schäden, die ihnen zugefügt wurden, meist erst [später im Leben](#).

Wenn man also Kleinkindern "sexuelle Lust" beibringt und ihnen erklärt, dass "körperliche Nähe normal" und "ein Ausdruck von Liebe" ist, während man ihnen gleichzeitig beibringt, dass sexueller Missbrauch sich nur als "Gewalt" manifestiert, scheint das Risiko des Groomings und der Pädophilie für kleine Kinder noch größer zu sein. Eine solche "Erziehung" dient eher der Entwaffnung als der Vorwarnung des Kindes.

Für 9- bis 12-jährige Kinder empfehlen WHO und BzG, dass sie die Fähigkeit entwickeln sollen, "Verantwortung in Bezug auf sichere und angenehme sexuelle Erfahrungen für sich und andere zu übernehmen". Die WHO ist der Meinung, dass diese Kinder in der Lage sein sollten, "eine bewusste Entscheidung für oder gegen sexuelle Erfahrungen zu treffen".



Die WHO ist eine UN-Agentur und die ICJ ist ein einflussreicher UN-“Partner”. Entgegen ihrem humanitären Anspruch dient die von der WHO geleitete “Erziehungsberatung” in Verbindung mit dem rechtlichen Rahmen der ICJ den Interessen von Pädophilen und gefährdet das Leben von Kindern.



Irgendetwas läuft hier völlig falsch

In Teil 2 werden wir SDG16.9 untersuchen und unsere Untersuchung auf das "interoperable" digitale ID-Netzwerk ausdehnen, das von der [ID2020-Allianz](#) (globale öffentlich-private Partnerschaft) eingerichtet wurde. Betrachten wir zunächst nur das öffentlich erklärte Ziel von ID2020:

Bis 2030: Bereitstellung einer legalen Identität für alle, einschließlich Geburtsregistrierung.

Zur Verwirklichung von SDG16.9 wurde im Rahmen von ID2020 eine Partnerschaft zwischen dem International Rescue Committee (IRC) und iRespond [gegründet](#). Ziel dieser Partnerschaft war die Einführung eines biometrischen Ausweises für Neugeborene in der Flüchtlingsbevölkerung der Karen an der Grenze zwischen Myanmar und Thailand.

Das von den [westlichen Massenmedien](#) stark beworbene Projekt knüpfte den Zugang der Karen-Flüchtlinge zu Nahrungsmittelhilfe und anderen lebenswichtigen Dienstleistungen an ihre Teilnahme an diesem digitalen Ausweissystem.

Wichtig ist, dass die Partner IRC und iRespond erklärten, die Teilnahme an dem Projekt sei freiwillig. Im gleichen Atemzug machten sie jedoch deutlich, dass der "Impfstatus" der Flüchtlinge in ihre digitalen Ausweise aufgenommen werden würde.

Für die Karen war der Zugang zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung von der Vorlage eines genehmigten biometrischen Ausweises abhängig. Die Registrierung für den Ausweis hing von ihrem "Impfstatus" ab. Die Karen waren also gezwungen, sich impfen zu lassen und einen digitalen Ausweis zu verwenden, oder sie mussten hungern und Krankheiten ohne Zugang zu medizinischer Versorgung überstehen.

Es genügt zu sagen, dass es kein Engagement des IRC oder von iRespond für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden gab. Stattdessen hat dieses von UN-Partnern geleitete Projekt die Rechte des Karen-Volkes in vollem Umfang ignoriert.

Die Entscheidung der ID2020-Allianz, das IRC auch nur in die Nähe von Flüchtlingsfamilien – der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppe überhaupt – zu lassen, war, gelinde gesagt, unbedacht. Das IRC war eine von fünfzehn "internationalen Hilfsorganisationen", die in den [Skandal](#) um "Sex gegen Lebensmittel" verwickelt waren.

Siehe auch

Visa wollte Pornhub und dessen Muttergesellschaft bei der Vermarktung von Kinderpornografie "unterstützen"

Als der Skandal im Jahr 2000 ans Licht kam, gaben die Vereinten Nationen eine Untersuchung der Aktivitäten ihrer angeschlossenen privaten Hilfs-"Partner" und ihrer eigenen Hilfsorganisationen in Auftrag. Der anschließende Bericht enthielt Beweise dafür, dass Mitarbeiter von 40 lokalen und internationalen Hilfsorganisationen – darunter auch das IRC – "sexuell ausbeuterische Beziehungen zu Kindern" unterhielten. Im Klartext: Die UN-"Partner"-Organisationen, darunter auch das IRC,



waren von Kindervergewaltigern durchsetzt.

Der Bericht wies eindeutig auf die weit verbreitete Praxis hin, in Flüchtlingslagern Lebensmittel im Austausch gegen Sex – einschließlich Pädophilie – anzubieten. Doch die UN hat den Bericht mehr als sechzehn Jahre lang unterdrückt.

Ebenso langsam hat die UN die Fülle von Beweisen untersucht, die ihre eigenen Friedenstruppen in Kindervergewaltigungen und Kinderhandel in 23 Ländern, vor allem in Haiti und Sri Lanka, verwickeln, wie in einem [Exposé](#) der *Associated Press* vom April 2017 und in [Folgeberichten](#) enthüllt wurde.

Als ob die haitianischen Kinder nicht schon genug von den UN-“Friedenstruppen“ gequält worden wären, endete ihre Schikanierung nicht. Nach dem Erdbeben im Januar 2010 wurde die bekannte Kinderhändlerin Laura Silsby [zum zweiten Mal](#) dabei erwischt, wie sie versuchte, haitianische Kinder zu verschleppen. Die von ihr entführten Kinder sollten unter dem Schutz der UN stehen. Silsby behauptete, sie seien für ein Waisenhaus in der Dominikanischen Republik bestimmt, doch es gab [keine Aufzeichnungen](#) darüber, dass sie bei den dominikanischen Behörden einen der erforderlichen Transitanträge gestellt hatte.

Im Mai 2009 ernannte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon Bill Clinton zum Sondergesandten für Haiti, dem ärmsten Land der westlichen Hemisphäre. Nach dem Erdbeben war Clinton die erste Wahl als internationaler Koordinator der Vereinten Nationen für die Hilfsmaßnahmen in Haiti. Er war somit perfekt positioniert, um in Silsby's Namen Druck auf die haitianischen Behörden [auszuüben](#), woraufhin sie [auf freien Fuß](#) kam. Die Beweise deuten stark darauf hin, dass Silsby (jetzt Laura Gayler) Teil einer größeren [Kinderhandelsoperation](#) war, an der auch ihr ursprünglich beauftragter Anwalt, Jorge Puello, und seine Frau beteiligt waren.

Interessant ist, dass der Internationale Strafgerichtshof, der es für angebracht hielt, gegen Präsident Putin einen Haftbefehl wegen Kinderhandels in der Ukraine zu erlassen, den ehemaligen US-Präsidenten Clinton nicht im Zusammenhang mit dem Kinderhandel in Haiti angeklagt hat.

Vielleicht ist dieses “Versäumnis” darauf zurückzuführen, dass die Clinton-Stiftung so tief in die öffentlich-private Struktur des Global-Governance-Regimes eingebettet ist?

Im Jahr 2016 veranstaltete die Clinton Global Initiative – der man nachsagt, die Philanthropie auf nachhaltige Entwicklung auszurichten – eine Veranstaltung, um Unterstützung für den UN-Treuhandfonds (UNTF) zu sammeln, dessen erklärtes Ziel es ist, Gewalt [gegen Frauen und Mädchen](#) zu verhindern. Unglaublicherweise wurde im selben Jahr zum ersten Mal berichtet, dass die Verteidiger des pädophilen Sexhändlers und Geheimdienstmitarbeiters Jeffrey Epstein [geschrieben](#) hatten, ihr Mandant sei ein wichtiger Teil der kleinen Gruppe, die “die Clinton Global Initiative konzipiert” habe.

Nach Angaben der UN war der Zweck des UNTF-Treffens die “Ankündigung einer Reihe von Handlungsverpflichtungen, die darauf abzielen, die Gleichstellungsziele der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung voranzubringen.” Offensichtlich soll dieses Ziel durch eine “Partnerschaft” mit bekannten Förderern des Kinderhandels erreicht werden.

Man könnte sich fragen, warum irgendjemand dem “Global-Governance-Regime” der Vereinten Nationen “vertrauen” sollte, “Missbrauch, Ausbeutung, Kinderhandel und alle Formen von Gewalt



gegen Kinder und Folter aufzudecken“, wo doch ihre Sonderorganisationen und -akteure und ihr Sonderbeauftragter sowie ihre Friedenstruppen und Partner bei unzähligen Gelegenheiten dabei ertappt wurden, dass sie genau diese Verbrechen entweder begangen oder gebilligt haben.

Man kann durchaus sagen, dass die UN und ihre Organisationen und “Partner“ ein erhebliches Risiko für Kinder darstellen. Es ist *eindeutig*, dass in diesem gefährlichen Regime etwas ganz und gar nicht stimmt.

SDG16 stellt einen offensichtlichen Versuch dar, die Macht in den Händen des Regimes auf Kosten der nationalen Souveränität und der menschlichen Freiheit zu konsolidieren. Dies ist aus vielen Gründen äußerst besorgniserregend, vielleicht vor allem deshalb, weil unsere Kinder geschützt werden müssen. So wie die Dinge stehen, scheint das Regime eine eindeutige Bedrohung für Kinder in der ganzen Welt darzustellen.

Kompletter Artikel: [SDG16: Aufbau eines globalen Polizeistaats \(Teil 1\)](#)

Autoren: Iain Davis & Whitney Webb

Am 05.06.23 erschienen auf:

<https://unlimitedhangout.com/2023/06/investigative-series/sdg16-part-1-building-the-global-police-state/>

Übersetzung: Causalis (Hervorhebungen übernommen)